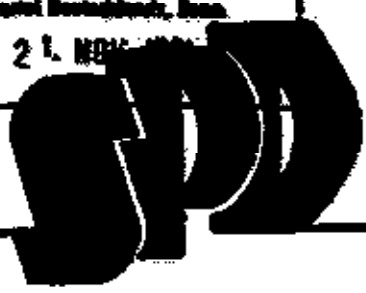


21. NOV 1961



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/262 - 21. November 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|--|----------------|
| 1 | <u>Der richtige Mann am richtigen Platz</u> Zur Beratung der SPD-Fraktion über die Besetzung der Bundestagsausschüsse Von Wolfgang Jansen | 38 |
| 1a | <u>Es wird auf die Standfestigkeit ankommen</u> Zu den Forderungen der christlich-sozialen Arbeitnehmer | 50 |
| 2 - 3 | <u>Parlament und Regierung</u> Von H.G. Ritzel, MdB | 85 |
| 4 - 5 | <u>Spekulation auf Hilfsbereitschaft</u> Auch in der Sowjetunion gibt es Gauner Von Rudolf Hornig | 59 |
| 6 | <u>Bravo, Gemeinde Roth</u> Beispielhafte Solidarität | 25 |
| 6 | <u>Heinrich Sträter 70 Jahre</u> Bedeutender Kommunalpolitiker, zielbewusster Gewerkschaftler | 17 |

* * *
* *

Der richtige Mann am richtigen Platz

Von Wolfgang Jansen

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion trat am Dienstag zu einer wichtigen Sitzung zusammen. Es ging um die Besetzung der Bundestagsausschüsse und der Gremien, in die der Bundestag Mitglieder zu entsenden hat. Neben den 26 Fachausschüssen waren dabei u.a. der Vermittlungsausschuß, der Ausschuß nach Artikel 45 des Grundgesetzes, der Richterwahlausschuß, der Kontrollausschuß beim Bundesausgleichsamt, der Verwaltungsrat der Lastenausgleichsbank, die Beratende Versammlung des Europarates und das Europäische Parlament zu berücksichtigen. Insgesamt hat der Bundestag fast 1.600 Mitglieder und Stellvertreter in diesen Gremien und Ausschüssen zu entsenden. Für die SPD-Fraktion sind es rund 650, für die CDU/CSU-Fraktion rund 770 und für die FDP-Fraktion rund 180. Das bedeutet, daß jedes Fraktionsmitglied ungefähr drei Ämter übernehmen muß, die natürlich unterschiedliches Gewicht haben. Wer etwa Mitglied im Rechtsausschuß ist, hat damit ein "full-time-job" und kann allenfalls noch die Stellvertretung in dem einen oder anderen Ausschuß übernehmen. Bei anderen Ausschüssen, die weniger häufig tagen, ist die ordentliche Mitgliedschaft in zwei Ausschüssen durchaus möglich.

Die SPD-Fraktion ist an die Besetzung der Ausschüsse und Gremien mit großer Sorgfalt herangegangen. Schon vor zwei Wochen haben die Arbeitskreise der Fraktion Sitzungen abgehalten, wobei die Termine so gelegt wurden, daß jedes Fraktionsmitglied an allen Sitzungen teilnehmen konnte. Auf diese Weise wurden die neuen Mitglieder der Fraktion an die künftige Arbeit herangeführt. Jeder Abgeordnete hatte vorher die Möglichkeit gehabt, durch die Ausfüllung eines Fragebogens seine Wünsche bezüglich der Mitwirkung als ordentliches oder stellvertretendes Mitglied eines Ausschusses zu äußern.

Die Arbeitskreise haben dann dem Fraktionsvorstand über ihre Sitzungen berichtet. Der Vorstand erarbeitete aufgrund der Unterlagen aus den Arbeitskreisen einen Vorschlag für die Ausschußbesetzung, der der Fraktion vorlag. Über die Besetzung eventuell noch neu zu schaffender Ausschüsse wurde allerdings noch nicht entschieden, da die Bildung dieser Ausschüsse vom Bundestag noch beschlossen werden muß.

Die Sorgfalt, mit der die SPD-Fraktion die Besetzung der Ausschüsse vornimmt, bietet zugleich die Gewähr dafür, daß sie in der bevorstehenden Legislaturperiode ein Höchstmaß an Aktionsfähigkeit erzielen wird. Sie tut alles, um den richtigen Mann an die richtige Stelle zu setzen.

* * *

Es wird auf die Standfestigkeit ankommen

ler.- Der Arbeitnehmerflügel in der CDU, der im Bundestag ein gutes Viertel der Abgeordneten dieser Partei zählt, betrachtet mit großem Unbehagen die Zusammensetzung der neuen Bundesregierung. Er befürchtet, und dies wohl nicht einmal zu Unrecht, einen Stillstand der Sozialpolitik, wenn nicht sogar einen Rückschritt. Über die FDP, dem Koalitionspartner der CDU/CSU, hat sich der Einfluß des Großkapitals in vierten Kabinett verstärkt; die Kräfte, die Pate bei dieser Koalition standen, erwarten nun ihren Lohn. Sie werden versuchen, die Last unvermeidlicher Opfer von ihren Bereichen fernzuhalten und sie auf weniger gut gestellte Schichten anzuwälzen.

Der Arbeitnehmerflügel der CDU steht mit seinen Sorgen nicht allein, sie werden geteilt von einem so hervorragenden Repräsentanten der katholischen Kirche, wie dem Limburger Weihbischof Kampe, eine sozial fortschrittlich denkende Persönlichkeit. Weihbischof Kampe hat seine Gläubigen gebeten, darauf recht aufmerksam zu achten, "daß die Aneignung gegen sozialistische Experimente in der Regierungskoalition nicht zu einer rückläufigen Sozial- und Gesellschaftspolitik führe" - eine Warnung, zu der sich der Weihbischof wohl nicht bemüßigt gesehen hätte, gäbe es nicht schon alarmierende Anzeichen. So manche mächtigen Kräfte in der neuen Regierungskoalition glauben, sie könnten das Rad der Geschichte zurückdrehen und nach dem Grundsatz handeln, die Grenzen des sozialen Rechtsstaates wären schon erreicht.

Dieser Satz, ausgesprochen von einem führenden Repräsentanten der CDU/CSU, wird sich noch als ein Bumerang erweisen. Die sich stets wandelnde Gesellschaft in der zweiten industriellen Revolution verlangt nach stetiger Korrektur und Anpassung; geschehen diese nach dem Gesichtspunkt größtmöglicher sozialer Gerechtigkeit, dann bleibt das Gemeinwesen vor großen Erschütterungen bewahrt. Geschieht dies nicht, treten Risse und Sprünge im Gesellschaftsgefüge auf, die es wohl früher oder später sprengen können.

Der Arbeitnehmerflügel der CDU/CSU ist nicht der Auffassung, die Grenzen des sozialen Rechtsstaates wären schon erreicht, die im Grundgesetz niedergelegte Verpflichtung der Bundesrepublik, ein sozialer Rechtsstaat zu werden, schon erfüllt. Dazu bedarf es nach Ansicht des ständigen Ausschusses des christlich-sozialen Arbeitnehmerkongresses der Verwirklichung solcher ohnehin bescheidener Forderungen wie ein familiengerechtes Sparprämiengesetz, der Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall, der Politik einer vermehrten Einkommensbildung auch für die Masse der Arbeitnehmer, der Einführung einer Wettbewerbsordnung, die den Übermut der Kartelle bricht, einer die Kleinaktionäre begünstigende Reform des Aktienrechts und neben vielem anderem mehr auch das Ende der Bödenspekulation.

Das sind vernünftige, dem Gebot der sozialen Gerechtigkeit entsprechende Forderungen. Ob sie auf dem Papier bleiben oder Bestandteil einer sozialen Wirklichkeit werden, hängt wohl von der Standfestigkeit der Vertreter des christlich-sozialen Arbeitnehmerkongresses im Bundestag ab. Ihre Bedrängnis, es könnte ein Rückschritt in unserer Sozialgesetzgebung erfolgen, braucht sich nicht zu bewahrheiten, sofern sie in der vierten Legislaturperiode ihren sozial verpflichteten Gewissen folgen. Sie werden in der Sozialdemokratie einen mächtigen Verbündeten finden.

Parlament und Regierung

Von H.G. Ritzel, MdB

Als der Bundestagsabgeordnete Dr. Karl Mommer in der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 14.11.1961 im Auftrage der Sozialdemokratischen Fraktion das Wort zur Tagesordnung verlangte und als Bundespräsident Dr. Gerstenmaier, der die Würde und die Rechte des Bundestages zu wahren, seine Arbeiten zu fördern, die Verhandlungen gerecht und unparteiisch zu leiten hat, das Wort verweigerte, wurde eine Diskrepanz zwischen den Wünschen der Regierung und den Rechten des Parlaments sichtbar, die auch der objektivste Beobachter nur mit tiefer Bedauern feststellen kann. Seit vielen Jahren besteht im Ältestenrat und im Bundestag selbst Übereinstimmung darüber, daß die Tagesordnung vor dem Aufruf von Punkt 1 geändert werden kann. Die den Abgeordneten gedruckt zugehende Tagesordnung ist praktisch nur ein Vorschlag des Präsidenten nach Pählungnahme mit dem Ältestenrat oder ein Vorschlag des Ältestenrates, den das Parlament billigen oder ändern kann.

Es wäre ein sehr grober Irrtum anzunehmen, daß der Wunsch der Bundesregierung nach § 25 Abs. 2 der Geschäftsordnung den Bundestag einzuberufen, entscheidend sein könne auf die Gestaltung der Tagesordnung des Bundestages im übrigen. Der Präsident des Bundestages muß, wenn die Bundesregierung es verlangt, den Bundestag einberufen. Im vorliegenden Fall deckten sich die Wünsche der Bundesregierung und des Bundestages mit den sachlichen Notwendigkeiten. Über den übrigen Inhalt der Tagesordnung aber hat der Bundestag allein zu entscheiden. Ebenso wie der Präsident des Bundestages verpflichtet ist den Bundestag einzuberufen, wenn der Bundespräsident oder der Bundeskanzler es verlangen, ist er verpflichtet, den Bundestag einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder des Bundestages es verlangen. Wenn im Zusammenhang mit dem Verlangen des Bundeskanzlers ein Drittel der Mitglieder (die Sozialdemokratische Fraktion stellt rund 40 % der Mitglieder) das Verlangen laut werden läßt, die Tagesordnung des Plenums in einer bestimmten Richtung zu ergänzen, dann ist es die Pflicht des Bundestagspräsidenten, zu diesem Verlangen eine Entscheidung des Bundestages einzuholen, bevor Punkt 1 der Tagesordnung aufgerufen wird.

In völlig korrekter Weise hat der Bundestagsabgeordnete Dr. Mommer sofort nach Beginn der Sitzung und vor Aufruf des Punktes 1 das Wort zur Tagesordnung verlangt. Dieses Verlangen war sachlich

berechtigt und geschäftsordnungsgemäß vollkommen in Ordnung. Das ihm nicht entsprochen wurde, führte zu einer verständlichen Erregung der Sozialdemokratischen Fraktion und zu einer Reaktion, die sich weder gegen die übrigen 3 Punkte der Tagesordnung noch gegen die Regierung richtete, sondern einzig und allein gegen die Verweigerung eines legalen Rechtes auf Ergänzung der im Entwurf vorliegenden Tagesordnung.

Was wollten die Sozialdemokraten? Sie wünschten, das genau wie in früheren Jahren die Regierung nach der Vorstellung des Kabinetts und nach der Verteidigung die dann fällige Regierungserklärung abgeben sollte. Wenn die Regierung Wert darauf legen würde, mit dem Parlament zusammen zu arbeiten, hätte sie ihm Gelegenheit geben müssen, vor dem Abflug des Kanzlers nach Washington die Meinung der Regierung zu hören und die Meinung des Parlaments zur Regierungserklärung entgegen zu nehmen. Wenn die Regierung glaubte, gewichtige Gründe dafür zu haben, die Aussprache zu verschieben, dann könnte sich diese Vertagung eines Teiles der Aussprache nur auf die Probleme beziehen, die in Washington behandelt werden sollen. Darüber wäre bei gutem Willen sicherlich eine Verständigung möglich gewesen. Über die übrigen Aufgaben und Auffassungen der Regierung aber wäre eine Regierungserklärung fällig gewesen. Das Verlangen war das Recht des Bundestages und der Präsident des Bundestages durfte der Letzte sein, der dieses Recht ignorierte.

Die Regierung hat dem Parlament gegenüber keine Erklärung abgegeben, jetzt äußern sich einzelne Minister in Interviews und auf sonstige Weise über ihre Aufgaben. Sie tun dies nicht gegenüber dem Parlament. In ihren Äußerungen können sie zur Zeit nur ihre persönliche Meinung vertreten, nicht aber die Auffassung der Gesamtregierung. Die notwendige Aussprache wird auf diese Weise in unzulässiger Art verzögert. In der Zwischenzeit nimmt die öffentliche Meinung Stellung, während das Parlament schweigen muß. Ob es sich um die Vermehrung der Zahl der Minister, um die Schaffung neuer Ministerien, um Raum- und damit auch um sachliche Finanzprobleme, um die Verteuerung des Verwaltungsapparates in diesem Zusammenhang, um die Auffassung eines Ministers zum Notstandsprogramm oder um Äußerungen eines anderen Ministers zu Fragen der Finanzpolitik und der Haushaltsgestaltung handelt - in keinem Fall können solche Äußerungen die fällig gewesene Regierungserklärung ersetzen.

Es bleibt festzustellen, daß wir offensichtlich trotz bitterer Erfahrungen nicht klüger geworden sind und daß der eingeschlagene Weg ein verhängnisvoller ist.

Spekulation auf Hilfsbereitschaft

Von Rudolf Hornig

(rh) Wie die Sensationsgeschichte aus einem Boulevardblatt liest sich unter dem Titel "Spekulation auf Hilfsbereitschaft" ein Bericht in der Moskauer Zeitung "Neues Leben", dem die Redaktion das Motto "Traurig, aber wahr" vorangesetzt hat. Das Traurige an der Geschichte scheint darin zu bestehen, daß auch die Moskauer Zeitung diesem Gauner aufgesessen ist und daß es sich dabei um einen Sowjetdeutschen handelt. "Leider", so berichtet die Zeitung, "gibt es bei uns (in der Sowjetunion) noch Menschen, die zwar einen Sowjetpaß in der Tasche tragen, doch die Seele eines Privateigentümers, Spießers und Raffers haben."

Dieser "Spießler und Raffer" namens Karl Wertmann war zuerst in der sibirischen Dshambul als Fotograf tätig und hatte tagsüber viel zu tun. Die Abendstunden verwendete er für das Schreiben von ausgesprochenen Schnorr-Briefen, in denen er sich als arm und unglücklich hinstellte und behauptete, daß er als Deutscher benachteiligt werde. Klappte eine Sache nicht, so verfaßte er Drohbrieft, daß er sich schon an "höherer" Stelle zu beschweren wissen werde. Solche Drohungen scheinen in der heutigen Sowjetunion eine beachtliche Wirkung zu erzielen, die tief blicker läßt. Wertmann war jedenfalls nicht faul, in seinen "Angelegenheiten" auch in Moskau "nach dem Rechten" zu sehen.

So war er auch in der Redaktion des "Neuen Leben" erschienen und verstand diese so zu beeindrucken - Unrecht an Sowjetdeutschen muß es demnach massenhaft geben -, daß sie ein offizielles Schreiben nach Dshambul richtete, dem "K. Wertmann zu helfen, im Dorf Michailowka (einer deutschen Siedlung bei Dshambul) Wohnraum zu erhalten". Und Wertmann bekam tatsächlich ein Zimmer, daß ihm allerdings nicht paßte. Er behielt es jedoch und vermietete es sofort weiter. Und schrieb neue Schnorr- und Drohbrieft.

Als er neuerlich in Moskau erschien, hatte sich die Redaktion wenigstens inzwischen erkundigt und empfing den weitgereisten Besucher sehr

frostig, obwohl er einen Redaktionstisch mit Fäusten bearbeitete. Aber: man übergab ihn nicht der Polizei, denn - wie kann man in Moskau, so weit von Dshambul entfernt, wissen, ob dieser Karl Wertmann doch nicht über mächtige Gönner verfügte? So viel aber wußte man bereits in der Moskauer Redaktion, daß Karl Wertmann durchaus nicht "obdachlos" war, sondern in der Taschkenter Straße in Dshambul ein Haus besaß, dessen Wohnungen er vermietet hatte, daß er sich im Besitze eines Pjws der Marke "Dobjeda" befand und daß er seine Interventionsfahrten nach Moskau im Flugzeug zurückzulegen pflegte.

Endlich entschloß man sich in der Redaktion des "Neuen Leben", die Story von Karl Wertmann, dem "Spekulanten auf die Hilfsbereitschaft" als Feuilleton in der Zeitung zu veröffentlichen. Den guten Mann konnte man damit allerdings nicht mehr viel anhaben, denn er hatte inzwischen Dshambul verlassen, nicht ohne vorher sein Haus gut verkauft zu haben. Die Redaktion konnte lediglich die Vermutung äußern, daß sich Karl Wertmann jetzt irgendwo im Gebiet von Karaganda befindet. Die Zeitung schloß daher ihren so aufschlußreichen Bericht über die Tatsache, daß es auch in der Sowjetunion geriebene Gauner gibt, mit der Mahnung: "Seid wachsam, Genossen aus Karaganda! Schenkt den Tränen K. Wertmanns und seinesgleichen keinen Glauben. Es sind die Krokodilstränen eines Raffers, der auf Hilfsbereitschaft spekuliert".

Inzwischen hat Chruschtschow in seinem Parteitagebericht Maßnahmen gegen derartige Nichtstuer angekündigt, die noch überaus zahlreich in der Sowjetunion vorhanden sein müssen. Besonders verwunderlich ist daran die Tatsache, daß sich unter diesen Nichtstuern größtenteils junge Leute befinden, die bereits durch die sowjetischen Schulen gegangen sind und von denen man nicht behaupten kann, daß es sich um unbelehrbare Elemente aus der "alten" Zeit handelt. Es sind vielmehr fast durchwegs Jugendliche und Halbtarke (in der Sowjetunion Huldigane genannt), bei denen die sowjetische Schule und Schulung versagt hat.

* * *

Bravo, Gemeinde Roth!

"dpa - Die gesamte Bevölkerung der kleinen Eifelgemeinde Roth im Kreis Prüm hat einem Heimatvertriebenen aus Schlesien, dem Maurer Dieter Last, beim Bau eines Eigenheimes geholfen. Da der Flüchtling nicht genügend Geld hatte, für seine achtköpfige Familie eine ausreichende Wohnung einzurichten, erklärte sich jede Familie im Dorf bereit, beim Hausbau mit Hand anzulegen. Auf diese Weise sparte Dieter Last mindestens 30 000 Mark ein. Für Grundstück und Baumaterial erhielt er öffentliche Darlehen."

* * *

sp - Nur selten kann in unserer schnellebigen Zeit das "Lied vom braven Mann" gesungen werden. Heldentaten in der Atmosphäre, in Aussicht gestellte Mondflüge, Aufstände und grausame Mordtaten, Sexbomben und Staatsbesuche, die Hochzeit von Soraya III. und die goldene Löffel des Filmstars Edelrot - das alles gibt "Stoff" für Zeitungen und Blätter, die Zeitungen sein möchten. Was von der Eifelgemeinde Roth berichtet wird, ist sicher nicht weltbewegend; es erfüllt uns jedoch mit Optimismus. Die Einwohner von Roth haben im wahrsten Sinne des Wortes handgreiflich gezeigt, dass einfaches Mensch-Sein, die Humanitas, nichts mit akademischen Graden oder wohlklingender Sonntagsreden zu tun hat. Sie packten an, wo Hilfe erforderlich war. Danken wir ihnen dafür! Sie bauten mehr als das Haus für eine grosse Heimatvertriebenen-Familie; sie bauten an dem grossen Gebäude der Menschlichkeit. Bravo, Gemeinde Roth!

+ + +

Heinrich Sträter 70 Jahre

sp - Wer Heinrich Sträter, der am 22. November seinen 70. Geburtstag feiern kann, kennt, wer den langjährigen Bundestagsabgeordneten jemals "an der Arbeit" sah, wird wünschen, dass viele junge Menschen ihm nacheifern mögen. Heinrich Sträter, gelernter Schlosser, bedeutender Kommunalpolitiker und zielbewusster Gewerkschaftler, ist das typische Kind seiner westfälischen Heimat. Stark wie ein gut gewachsener Baum, hat diesen Mann in einem schweren Leben nichts umzuwerfen vermocht; weder Enttäuschungen, noch Verfolgungen während der Hitler-Diktatur. Sofort nach 1945 war er wieder auf dem Plan. Die Not im Ruhrgebiet vor Augen, griff er überall zu. In der Kommunal- und Landespolitik, bei den Gewerkschaften und später im Bundestag. Er war eine der treibenden Kräfte, als es darum ging, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer gesetzlich zu verankern. Unzählige Menschen verdanken diesem Manne Rat und Hilfe. In ihm verbindet sich der Sinn für das Grosse mit der Sorge um die Nöte des Nächsten. Sein 70. Geburtstag wird für viele seiner Freunde im Ruhrgebiet und weit darüber hinaus Anlass zahlreicher Ehrungen sein.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel